



**Niederschrift der Sitzung des Stadtrates
am Mittwoch, 10.02.2021 von 18:00 bis 22:08 Uhr
Ort: Forum am Hansaplatz**

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Marlies Preuth	CDU	
---------------------	-----	--

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Eike Baran	SPD	
Frau Melanie Buhr	SPD	
Frau Silke Diekhaus	CDU	
Herr Stefan Fuhler	CDU	
Frau Renate Geuter	SPD	
Herr Karl-Heinz Krone	CDU	
Herr Dr. Matthias Lamping	CDU	
Herr Dennis Löschen	SPD	
Herr Heinz Lübbers	SPD	
Herr Hans Meyer	SPD	
Herr Christian Reiners	CDU	
Herr Jan-Gert Roter	CDU	
Herr Hubert Schrand	SPD	
Herr Gerd Stratmann	CDU	
Herr Sven Stratmann	Bürgermeister	
Herr Andreas Tameling	FDP	
Frau Pia van de Lageweg	SPD	
Herr Bernd Wichmann	CDU	

Gäste

Resmiye Agirman	SPD	online zugeschaltet
Herr Frank Böckmann	CDU	online zugeschaltet
Herr Christoph Böhnmann	CDU	online zugeschaltet
Herr Wilhelm Bohnstengel	SPD	online zugeschaltet
Frau Heike de Buhr	SPD	online zugeschaltet
Herr Bernhard Kramer	CDU	online zugeschaltet
Herr Hans Langen	CDU	online zugeschaltet
Frau Kerstin Renken	CDU	online zugeschaltet
Herr Martin Roter	CDU	online zugeschaltet
Herr Gerold Többen	SPD	online zugeschaltet
Frau Marianne von Garrel	CDU	online zugeschaltet

Verwaltung

Frau Heidrun Hamjediers	Erste Stadträtin	
Klaus Sandmann	Fachbereichsleiter	
Herr Karsten Vahl	Fachbereichsleiter/Kämmerer	
Herr Matthias Wolf	Fachbereichsleiter	
Herr Michael Möller		
Frau Anna Bregen	Schifführerin	

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzende Preuth eröffnet die erste Sitzung des Jahres und begrüßt die Teilnehmer aus dem Rathaus sowie die beiden Pressevertreter und die Gäste. Weiter begrüßt sie die anwesenden Ratsmitglieder sowie die Ratsmitglieder, die online zugeschaltet sind.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzende Preuth teilt mit, dass die heutige Ratssitzung im „Paring-Modell“ stattfindet und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Ratsvorsitzende Preuth weist daraufhin, dass die Tagesordnungspunkte 13 und 19 entfallen und von der heutigen Tagesordnung genommen werden.

Ratsherr Lamping erkundigt sich, warum die Beschlussvorlage 225/2020 - Dichtekonzept für das Stadtgebiet Friesoythe: Aufstellung eines einfachen Bebauungsplanes Nr. 240 Regulierung der Verdichtung für den Kernort Friesoythe“ gemäß §30(1) BauGB nicht auf der Tagesordnung steht.

Erste Stadträtin Hamjediers erläutert, dass die genannte Vorlage im Verwaltungsausschuss und die Ergänzungsvorlage 225/2020/1 im Umlaufverfahren beschlossen wurden.

Ratsherr Krone fragt nach, ob der Tagesordnungspunkt 11 - Änderung der Geschäftsordnung zwecks Ermöglichung der Online-Beteiligung bei der Einwohnerfragestunde – Antrag SPD-Fraktion nicht zuerst im Verwaltungsausschuss hätte beraten werden müssen.

Erste Stadträtin Hamjediers teilt mit, dass der Antrag die Änderung der Geschäftsordnung des Rats betrifft. Somit ist auch nur der Rat für die Änderung zuständig, dies sei der übliche Vorgang.

Die geänderte Tagesordnung wird sodann einstimmig festgestellt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die vorhergegangenen Sitzungen vom 08.07. und 11.11.2020 (öffentlicher Teil)

Die Niederschriften über die vorangegangenen Sitzungen am 08.07.2020 und 11.11.2020 (öffentlicher Teil) werden einstimmig genehmigt.

TOP 5 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt, insbesondere über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Bürgermeister Stratmann übergibt das Wort zunächst an Fachbereichsleiter Wolf.

Fachbereichsleiter Wolf erläutert anhand von Plänen den Aufbau des Impfzentrums in der Sporthalle in Altenoythe. Er führt weiter aus, dass im Stadtgebiet etwas mehr als 1000 Personen in den Kreis der Impfberechtigten fallen. Diese wurden von der Verwaltung angeschrieben, es haben sich ca. 900 Personen für die Impfung angemeldet. Das Impfzentrum in Altenoythe ist startklar. Durch den Landkreis erfolgte eine unverbindliche Terminvergabe für die Erstimpfung vom 18.03. bis zum 20.03.2021. Seitens der Stadtverwaltung wird noch eine entsprechende Pressemitteilung veröffentlicht werden, in der noch einmal auf die wichtigsten Punkte hingewiesen wird. Weiterhin nutzt er die Gelegenheit um sich bei den Schulleitungen der Heinrich-von-Oythe-Schule sowie der Gerbert-Schule für die Bereitstellung der Sporthalle, sowie für die Bereitstellung der Fahrdienste seitens der Firma Taxi Saterland und des CDU-Stadtverbandes zu bedanken. (siehe Anlage: Dezentrales Impfzentrum Friesoythe v.10.02.21.) Bürgermeister Stratmann bedankt sich für die hervorragende Arbeit bezüglich des Impfzentrums. Aufgrund der Spontanität des Landkreises war es nicht unbedingt selbstverständlich, dies alles so schnell umzusetzen. Jetzt warten wir, dass über den Landkreis auch genügend Impfstoff zur Verfügung gestellt wird.

Bürgermeister Stratmann berichtet wie Folgt über die wichtigen Entscheidungen des Verwaltungsausschusses:

- a) Das Dichtekonzept wurde mit einer Veränderungssperre zwischenzeitlich von Rat und Verwaltungsausschuss auf den Weg gebracht
- b) Schulsozialarbeit – Die Gremien haben beschlossen die Förderung fortzusetzen
- c) Es wurden verschiedene Anträge zum Sportstättenförderprogramm beschlossen.
- d) Es wurden verschiedene Aufträge vergeben, z.B. auch zum Ausbau des Koppelweges

Zu den Angelegenheiten aus der Verwaltung berichtet er wie folgt:

- a) Im Rahmen der KMU-Förderung hat die Stadt Friesoythe in 2020 Anträge bekommen, hinter denen Investitionsvolumen von insgesamt 3,6 Mio.€ stehen. Noch sind nicht alle Anträge abgearbeitet, bewilligt wurden bislang rd. 217.000 €.

Erste Stadträtin Hamjediers berichtet über den Antrag des Tennisvereins, dass mit dem Verein bereits intensive Gespräche geführt worden sind, welche Lösungsansätze vorhanden sind. Fachbereich 3 – Stadtentwicklung habe in der einige Pläne entwickelt, die sowohl den Platzbedarf des Vereines als auch eine Baulandentwicklung ermöglichen. Diese werden dem Tennisverein im nächsten Gesprächstermin erörtert.

Erste Stadträtin Hamjediers berichtet weiter:

- b) Anträge auf Förderung von Ganztags schulbetrieben

Das Landes-Programm wurde am 13.01. veröffentlicht ist am 20.01.2021 in Kraft getreten. Bereits am 20.01. hat die Verwaltung die Anträge schon auf den Postweg gebracht, weil hier das „Windhundprinzip“ gilt.

Beantragt sind Mittel für neue Möblierung Ludgerischule (Gesamtkosten 69.700 €, beantragte Förderung 52.000 €) sowie für zwei Gruppenräume bei der GS Thüle (Gesamtkosten 360.000 €, beantragt 270.000 €). Diese Vorgehensweise habe man mit den Gremien nicht abstimmen können, weil es galt die Anträge sehr schnell auf den Weg zu bringen.

- c) Antrag SPD wg. Spielplatzflyer

Der Flyer ist in Arbeit, das Stadtmarketing wartet auf besseres Wetter um Fotos machen zu können. Die IT-Abteilung wird eine interaktive Karte gestalten.

- d) Zur Anregung von Ratsherr Lamping zum Thema CO2-Sensoren

Die Verwaltung hatte das Thema schon auf den Weg gebracht. Bei den Schulen wurde angefragt, welche Geräte diese benötigen, es wurden entsprechende „CO2-Ampeln“ angeschafft. Bis jetzt gibt es keine Nachfrage zu mobilen Lüftungsgeräten.

Erste Stadträtin Hamjediers spricht an dieser Stelle allen Beteiligten, die mit der Organisation und Aufbau des Impfzentrums befasst waren, ein großes Dankeschön aus.

Bürgermeister Stratmann berichtet wie folgt:

1. Eingegangen sind folgende Anträge:

- a) Aus der CDU-Fraktion liegen Anträge vor zur Verlegung des Wochenmarktes, zum Radwegeausbauprogramm sowie zu einem Verkehrskonzept für den Ortsteil Thüle zum Ausbau der B 72

- b) Die Stadtratsfraktion der SPD hat einen Antrag formuliert zum Klimaschutz.

Alle Anträge werden natürlich erstmal in den entsprechenden Fachausschüssen behandelt.

- c) Erhalten hat die Stadt zudem einen Antrag von der Ludgeri-Schule, die gerne das Projekt Schülerexpress umsetzen möchten. Das wird seitens der Verwaltung unterstützt, indem die Anschaffung von entsprechenden Haltestellenschildern zugesagt wurde. Die Verwaltung hält dieses Projekt für einen guten Ansatz, den PKW-Verkehr durch den Hol- und Bringedienst der Eltern zu reduzieren.

TOP 6 Bericht der Verwaltung - Stand der aktuellen Baumaßnahmen; Vortrag Ingenieurbüro Vorpahl zur Maßnahme Dr. Niermann-Straße

Herr Schmidt von der Geschäftsleitung vom Ingenieurbüro Vorpahl zeigt anhand einer Power-Point-Präsentation alle Mängel, die am Gebäudekomplex vorhanden bzw. im Zuge der Sanierungsmaßnahme sichtbar geworden sind. Anhand einer aktuellen Kostenaufstellung sind die Gesamtkosten der technischen Ausführung erkennbar. Diese belaufen sich auf 1,88 Mio. € netto in den nächsten fünf bis sechs Jahren. (siehe Anlage: 21-02-10 Sanierung, 21-02-10 Gutachten HLSE Gesamt)

Ratsherr Stratmann erkundigt sich über die Möglichkeit einige Gebäudeabschnitte komplett abzureißen und neu zu errichten.

Herr Schmidt entgegnet, dass ein Neubau bzgl. der Kosten sehr viel höher ausfallen würde. Die Gebäude haben eine gute Grundsubstanz, und der jetzt anstehende Sanierungs- bzw. Nachrüstungsaufwand beziehe sich vorwiegend auf die Technik.

Ratsherr Stratmann erkundigt sich, ob nun in den seitens des Rates bereitgestellten Mitteln alle Kosten enthalten sind.

Erste Stadträtin Hamjediers erwidert, dass in der Gesamtaufstellung bis auf zwei Positionen alle Sanierungskosten enthalten sind.

Ratsherr Lamping erkundigt sich, wie detailliert die Kostenschätzung ist.

Herr Schmidt äußert, dass eine exakte Berechnung schwierig sei. Beispielweise verzeichnet die Industriebranche Preissteigerungen von bis zu 50 %. Das Ingenieurbüro kalkuliert mit einer Kostensteigerung von 5 % bis 10 % p.a., womit man in den letzten Jahren stets ausgekommen sei.

Weiterhin erkundigt sich Ratsherr Stratmann, ob die Versorgungsleistungen auch für die oberen Etagen gelegt werden.

Dies bestätigt Herr Schmidt. Würde man in den nächsten Jahren die vorgestellten Maßnahmen umsetzen, sollte man mindestens für die nächsten zwanzig Jahre Ruhe haben.

Ratsherr Lamping äußert, dass im Arbeitskreis besprochen wurde die Schule nach den neusten Standards auszustatten, somit auch mit einer Lüftungsanlage. Hierfür fordert er eine Kostenkalkulation. Bürgermeister Stratmann teilt mit, dass man sicherlich über viele Dinge im Arbeitskreis gesprochen habe. Beschlossen wurde aber lediglich eine Gesamtbetrachtung des Gebäudeensembles. Dieses Ergebnis liege nun vor.

Herr Schmidt teilt mit, dass er gerne zur nächsten Sitzung eine entsprechende Kalkulation erstellen wird. Die Kosten belaufen sich aber auf ca. 1,5 bis 2 Mio. € zusätzlich. Zu berücksichtigen seien auch die nicht unerheblichen Folgekosten.

Ratsfrau von der Lageweg ist der gleichen Auffassung: Es sollte eine Kostenaufstellung erstellt werden, anhand der darüber zu entscheiden ist, ob eine Lüftungsanlage eingebaut werden sollte oder nicht.

Ratsherr Baran wirft den Vorschlag ein, nur einzelne Teilabschnitte mit einer Lüftungsanlage zu versehen.

Herr Schmidt erläutert, dass dezentrale Lüftungsanlagen immer eine gewisse Geräuschkulisse mit sich bringen.

Ratsfrau Geuter ist ebenfalls der Ansicht, dass eine Kostenaufstellung erstellt werden sollte. Danach kann eine Entscheidung getroffen werden.

Erste Stadträtin Hamjediers erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation, dass bisherige Verfahren zum Umbau der Realschule. Sie beginnt mit der Ausgangslage. (siehe Anlage: 2021 02 08 Sanierung des Schulgebäude-Ensembles).

Insbesondere spricht sie folgende Punkte an:

- In der Presse sei als Reaktion auf die Mitteilung von Dr. Lamping ein Vergleich der anstehenden Maßnahmen bei der Realschule/Ludgeri-Schule zum Aquaferrum hergestellt worden. Dies könne und werde sie so nicht stehen lassen.
Die Erste Stadträtin erinnert daran, dass sie sehr scharfe Kritik erhalten habe, als sie in der zweiten Aufsichtsratssitzung der WiBeF GmbH, an der sie als Geschäftsführerin teilgenommen habe, die Gesamtkosten des Aquaferrum-Neubaus mit fast 10 Mio. € präsentiert habe. Die Mehrheitsfraktion habe sie sogar der Lüge bezichtigt, obwohl das Investitionsvolumen durch das Anlagenverzeichnis belegt sei. Damals seien als erhebliche Mehrkosten im Millionenbereich ohne Abstimmung bzw. Entscheidung der Ratsgremien getätigt worden, und auch ohne dass Haushaltsmittel bereit standen. Jetzt seien Maßnahmen vorgestellt worden, ohne dass vorher auch nur ein Auftrag erteilt worden sei, die Mittel seien für den Haushalt angemeldet und von den Gremien sogar genehmigt worden. Es erfolgte somit eine durchgängige Information der Ratsmitglieder.
- Beim Start der Maßnahme sei man von Investitionskosten von rd. 4,9 Mio. € ausgegangen, für die aus dem Umzug resultierenden Sanierungskosten habe man rd. 700.000 € veranschlagt. Beide Kostenrahmen werden eingehalten.
- Bis 2014 hat die Stadt nur sehr geringe Mittel in die Sanierung der Realschule investiert, ab 2015 habe die Verwaltung – in Anbetracht des erheblichen Sanierungsstaus – das finanzielle Engagement fast verfünffacht, wohl wissend, dass man über Jahre jährlich Beträge einsetzen müsse, die per Anno bei mindestens 300.000 € liegen. Ab 2018 habe man die Sanierung im Hinblick auf die anstehenden Maßnahmen erstmal zurück gefahren.
- Zu den vermeintlichen Mehrkosten erinnert die Erste Stadträtin an die Sitzung des Schulausschusses im November. Dort habe die Kollegin Frau Behnen sehr ausführlich dargestellt, welche Bauabschnitte geplant sind und welche Kosten damit verbunden sind. Es wäre sicherlich nachvollziehbar gewesen, wenn die Mehrheitsfraktion damals einen weiteren Informationsbedarf angemeldet hätte. Dies ist nicht erfolgt, die Haushaltsmittel wurden sogar verabschiedet.
- Die Erste Stadträtin erinnert daran, dass man sich im Arbeitskreis auf „Spielregeln“ verständigt habe: Es werde im Arbeitskreis ein Ergebnis erarbeitet, das dann den Gremien zur Entscheidung vorgelegt werde. Zudem sei der Arbeitskreis kein Beschlussgremium. Einzelne Aussagen im Arbeitskreis seien damit nicht relevant. Darauf hätten sich alle Teilnehmer verständigt. Wenn dieses Prinzip jetzt durchbrochen werde, sei ein zielführendes Arbeiten nicht möglich.
- Der Hinweis im Antrag des Ratsmitgliedes Dr. Lamping, dass die Verwaltung geltende Beschlüsse nicht umgesetzt habe, sei verstörend und falsch.
Richtig sei, dass der Verwaltungsausschuss im Januar 2018 beschlossen habe, einen Gesamtplaner für das Vorhaben einzusetzen. Schon im März 2018 habe der damalige Fachbereichsleiter Corbes darauf hingewiesen, dass die Gesamtplanung europaweit auszuschreiben sei. Das hätte nicht nur erhebliche Zusatzkosten (40.000 bis 50.000 €) generiert, es sei auch gut möglich gewesen, dass man einem Büro weit über den regionalen Umkreis hinaus den Auftrag hätte erteilen müssen.
In der Konsequenz habe man im Frühjahr 2018 eine Hochbauingenieurin eingestellt, die sich schwerpunktmäßig um die Planung der Maßnahme an der Dr.-Niermann-Straße kümmert. Im Ergebnis konnte dann auch recht zügig eine Bauplanung vorgestellt werden.
Mitte 2019 hat die CDU-FDP-Fraktion dann auch mit Bezug auf die Maßnahme an der Dr.-Niermann-Straße beantragt, weiteres Fachpersonal einzustellen.

Wenn man seitens der Mehrheitsfraktion an der Umsetzung des VA-Beschlusses aus Januar 2018 zwingend habe festhalten wollen, dann hätte dies sehr viel eher kommuniziert werden müssen. Dies sei aber nicht gesehen.

Richtig ist, dass die Verwaltung nicht die Änderung des Beschlusses initiiert hat, allerdings in dem Vertrauen darauf, dass sich auch der Rat an Absprachen hält.

- Die Erste Stadträtin geht kurz auf die Förderung aus der Kreisschulbaukasse ein, die leider deutlich geringer ausfalle als eingeplant. Dies sei aber nicht der Maßnahme als solches geschuldet, sondern allein dem Umstand, dass man für die Realschule gar keinen Raumbedarf haben nachweisen können. In der Folge habe der Landkreis die Investitionskosten mit dem für die Grundschulen geltenden Satz belegt (1/3 Förderung statt 1/2). Dies sei schade, aber auch konsequent und argumentativ kaum zu widerlegen.

Im Übrigen sei die Förderung aus der KSB ja auch von Ratsmitgliedern der Stadt mitgetragen worden, die zugleich im Kreistag vertreten sind. Hierzu haben sie nur mit einer Fraktion gesprochen.

- Sie habe eine neue Wirtschaftlichkeitsbetrachtung erstellt. Sie habe gerade im letzten Jahr erfahren müssen, dass Teile des Rates eine solche Betrachtung nicht wünschen, als Verwaltung sei sie aber dazu verpflichtet, und zwar nicht zuletzt aufgrund der vom Rat mit den Haushalt beschlossenen Regeln.

Die neuerliche Betrachtung gehe von folgenden Prämissen aus:

- Kosten Neubau 8.000.000 Mio. € (nur Ludgerischule), was deutlich zu niedrig ist (Vergleich Kostenermittlung Gerbertschule ohne Bushaltestelle, Parkplätze etc.)
- Kosten für neues Grundstück 100.000 € (nur als Platzhalter), was ebenfalls deutlich zu gering geschätzt ist

Im Ergebnis sei der Umzug der Ludgerischule deutlich wirtschaftlicher als ein Neubau. Zu sehen seien auch die rein praktischen Hindernisse: Die Stadt verfüge über kein passendes Gelände! Hinzu komme, dass ein Großteil der jetzt diskutierten Sanierungskosten gar nicht mit dem Umzug der Ludgeri-Schule im Zusammenhang stehen, sondern ohnehin angefallen wären.

Abschließend erklärt die Erste Stadträtin, dass man aus dem Vorgang seitens der Verwaltung natürlich Schlüsse ziehen werde:

- Künftig werde man noch konsequenter die kommunalrechtlichen Regelungen beachten wenn es um die Umsetzung von Beschlüssen geht.
- Die Verwaltung stehe der Zusammenarbeit mit Arbeitskreisen noch kritischer gegenüber.
- Die Verwaltung werde jetzt nach und nach alle städtischen Gebäude in Augenschein nehmen lassen, um einen „Sanierungsfahrplan“ für die Zukunft zu entwickeln. Es sei dann am Rat, ob er sich den Aufgaben, die sich dann stellen, annehmen möchte oder nicht. Insgesamt hätten gerade die letzten Projekte deutlich gezeigt, dass es in dem Bereich der Gebäudesanierung noch einen erheblichen Nachholbedarf gibt.

Abschließend geht Erste Stadträtin Hamjediers auf die persönlichen Anwürfe gegen die Verwaltung ein, die Dr. Lamping in seinem Antrag formuliert hat. Wenn man der Verwaltung „Uneffizienz“ und „Missmanagement“ vorwerfe, treffe das jeden einzelnen Kollegen/in im Rathaus. Dabei habe die Verwaltung insgesamt wohl hinreichend bewiesen, dass sie gute Arbeit leiste.

Ratsherr Lamping merkt an, dass es schön gewesen wäre, wenn die Ratsmitglieder die Präsentation vorab erhalten hätten.

Der Zeitungsartikel habe seine Fraktion geärgert. Dass Risiken bei einer Sanierung auftauchen ist allen klar. Die Politik hätte jedoch vor der Presse darüber informiert werden müssen, dass Mehrkosten anfallen werden. Im Verwaltungsausschuss und Fachausschuss wurde gesagt, dass das Gebäude zukunftsfähig ausgestattet werden soll. Nun sind bereits deutlich mehr Kosten bei der Technik entstanden. Er merkt an das dies nicht die abschließenden Kosten sind für die Herstellung des Außenbereichs, für die Möblierung etc. fallen weitere Kosten an. Er moniert, dass es keinen zeitlichen

Ablaufplan gibt. Er möchte wissen wann für was welche Kosten anfallen. Die Vertretung muss richtig ins Bild gesetzt werden um Entscheidungen treffen zu können.

Erste Stadträtin Hamjediers äußert, dass noch viel Arbeit für den Umbau der Realschule ansteht. Die weiteren Planungen und Entscheidungen müssen als nächstes im Schulausschuss getroffen werden. In der heutigen Sitzung ist es wichtig, dass der Haushalt beschlossen wird, damit die Mittel zur Verfügung stehen und es weitergehen kann.

Ratsherr Stratmann erkundigt sich, ob die vorgetragenen Präsentationen den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden können.

Erste Stadträtin Hamjediers teilt mit, dass die Präsentationen wie immer dem Protokoll beigefügt werden.

Ratsfrau Geuter äußert, dass die Ratsmitglieder durch die Präsentationen neue Informationen erhalten haben, die wichtig für die nächsten Entscheidungen sind. Die Erfahrungen, die zur Sanierung gemacht werden, können in zukünftige Baumaßnahmen mit einfließen.

Abschließend bedankt sich Ratsvorsitzende Preuth für die vorgetragenen Präsentationen.

TOP 7 Mitteilungen des Bürgermeisters, insbesondere Mitteilung zur Finanzlage der Stadt

Bürgermeister Stratmann wird zu diesem Tagesordnungspunkt unter TOP 8 berichten.

TOP 8 Haushaltssatzung 2021 mit Haushaltsplan und Investitionsprogramm 2021 bis 2024 Vorlage: BV/246/2020

Fachbereichsleiter und Kämmerer Vahl erläutert die Eckdaten anhand einer Power-Point-Präsentation (siehe Anlage: Haushalt 2021 Sitzung des Stadtrates 2021-02-10.ptx.).

Im Anschluss dankt Bürgermeister Stratmann Kämmerer Vahl für seine Ausführungen

Bürgermeister Stratmann berichtet wie folgt:

„Sehr geehrte Ratskollegen, liebe Kollegen aus der Verwaltung, sehr geehrte Damen und Herren in Reihen der Zuhörer, liebe Vertreter der örtlichen Presse.

Heute ist es bereits das siebte Mal, dass ich über den Haushalt der Stadt Friesoythe zu Ihnen sprechen darf. Meinen ersten Haushalt habe ich direkt nach meinem Amtsantritt 2014 vorgestellt. Rückblickend und auch heute kann ich feststellen, dass ich nach wie vor einen Riesenrespekt vor der Verantwortung, insbesondere die Verantwortung für die Finanzlage unserer Stadt habe. Eine Verantwortung dem Rat gegenüber, meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegenüber, vor allem aber gegenüber unseren Einwohnerinnen und Einwohner, die uns ihr Steuergeld treuhänderisch anvertrauen. Dass die Ausgangslage, sowohl im Kernhaushalt als auch in der GmbH, bei meiner Amtsübernahme nicht gerade Anlass zu großen Hoffnungen gab und schon gar nicht vergnügungssteuerepflichtig war, muss ich an dieser Stelle wohl niemanden hier im Saal näher erläutern. Während meiner gesamten ersten Amtszeit hier im Rathaus wurden mir und uns, trotz der hervorragenden Arbeit, vom Landkreis die Daumenschrauben angezogen für einen Schuldenstand, den ich bzw. wir in keinsten Weise zu verantworten hatten.

Der Gesamtschuldenstand, also im städtischen Kernhaushalt und im sog. Schattenhaushalt der WiBeF GmbH lag bei meinem Amtsantritt deutlich über 46 Mio. €, 12,5 Mio. € bei der WiBeF und knapp 31 Mio. € im städtischen Kernhaushalt. Hinzu kamen noch die überzogenen Konten, also die Kassenkredite, in Höhe von 2,8 Mio. € Damit war uns „die rote Laterne“ – wie Renate Geuter so gerne sagt – nicht nur im Landkreis sicher. Ich hatte mir seinerzeit ganz fest vorgenommen, diesen

erdrückenden Schuldenstand zumindest nicht weiter ansteigen zu lassen. Bei einem „Weiter so!“ lägen wir heute bei deutlich über 50 Mio. € Schulden! Im Punkt „Finanzen“ kann ich/können wir, nach getaner Arbeit, heute Entwarnung geben. Seit November 2014 musste die Stadt Friesoythe keine neuen Darlehen mehr aufnehmen!!! Durch diese neue verantwortungsvolle Arbeit konnten Tilgungen – insbesondere auch Sondertilgungen – geleistet werden, so dass wir heute sehr stolz auf den aktuellen Gesamt - Schuldenstand schauen mit Stand zum 31.12.2020 liegen wir nun bei etwas über 34 Mio. €. Wir haben somit 12 Mio. € Schulden abgebaut. Ganz nüchtern betrachtet bedeutet das: Die WiBeF steht heute nicht mehr kurz vor der Zahlungsunfähigkeit und die Stadt ist wieder handlungsfähig! Unser Kämmerer Karsten Vahl hat ja gerade eben eindrucksvoll aufgezeigt, dass wir uns jetzt langsam aber stetig dem Landesdurchschnitt bei der Pro-Kopf-Verschuldung annähern.

Einige meiner Kritiker behaupten ja sehr gerne und wider besseres Wissen, dass der Schuldenabbau auf einen „Stillstand“ bei Maßnahmen im Stadtgebiet zurückzuführen sei. Da müssen wir dann immer lächeln, weil wir auch das natürlich leicht widerlegen können. Von 2010 (dem Jahr in dem wir mit der neuen Finanzbuchhaltung gestartet sind) bis 2014 wurden für den gesamten Unterhaltungsaufwand rd. 1,2 Mio. € jährlich aufgewendet. Seit 2015 hat die Stadt für Unterhaltungsmaßnahmen im Schnitt mehr als 1,7 Mio. € ausgegeben...pro Jahr, also rd. 43 % mehr für den Erhalt unserer Bausubstanz! Leider fallen uns heute, trotz aller Bemühungen, immer noch so einige Sünden der Vergangenheit sehr brutal vor die Füße. Dass intensiv investiert wurde und wird zeigt sich heute sehr deutlich. Ich nenne als wenige Beispiele nur die Stadtsanierung, den sehr umfassenden Grunderwerb gerade auch für den Lückenschluss beim Oldenburger Ring (bei beiden Projekten war die Finanzierung alles andere als sichergestellt!!), die hohen Investitionen im KiTa-Bereich, die Erschließung von Wohnbauland und von Gewerbeflächen oder auch die längst überfällige Sanierung des Schulzentrums an der Dr.-Niermann-Straße. Das Argument des sog. „Kaputtsparens“ greift also in überhaupt nicht weil nicht existent!

An dieser Stelle erlaube ich mir auch einen kleinen „Ausflug“ zum Antrag vom Ratsherrn Dr. Lamping zur Sanierung des Schulzentrums an der Dr.-Niermann-Straße und der dazugehörigen Pressemitteilung der CDU/FDP-Fraktion. Bislang waren wir richtig gut darin, dass wir unsere Haushaltsbudgets eingehalten haben und die Maßnahmen sich im vorgegebenen Kostenrahmen bewegten. Wenn durch die Mitarbeiter im Rathaus also, wie im Antrag angedeutet, „ineffiziente Abläufe“ und „Missmanagement“ die Regel wären, hätten wir das alles wohl kaum bzw. nie geschafft. Dass Maßnahmen teurer werden, ist im Übrigen in keiner Weise „Friesoythe-typisch“, auch wenn sich das einzelne Vertreter, auf der Suche nach „Skandalchen“, gerne wünschen würden. Ein ehrlicher Blick in die nähere Umgebung und wie gerade in der Presse berichtet, zeigt, dass dies z.B. auch im benachbarten Bösel vorkommt oder dass es auch bei den Großbauten des Landkreises zu erheblichen Kostensteigerungen gekommen ist...wie z.B. beim Neubau der Elisabeth-Schule und das ohne zusätzliche oder erweiterte Baumaßnahmen. An dieser Stelle kann ich ganz selbstbewusst mitteilen, dass ich mit der Bilanz meiner ersten Amtszeit mehr als zufrieden bin - so kann es weitergehen!

Es ist aber auch eine Selbstverständlichkeit, dass diese Ergebnisse nicht vom Bürgermeister alleine zu erzielen sind. Das Dankeschön gebe ich an dieser Stelle an meine Mannschaft im Rathaus aber auch an alle Außenstellen weiter...denn alle Beschäftigten haben ihren Anteil am Weg zur „Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit“ beigesteuert. Den Hut auf in dem Bereich (Kernhaushalt und WiBeF) haben natürlich Karsten Vahl und Heidrun Hamjediers. Diesen jetzt zurückgewonnen finanziellen Spielraum zu erreichen war nicht einfach. Euch beiden und den Teams ein herzliches Dankeschön!! Hier wurde hervorragende Arbeit geleistet. Die bereits erwähnten deutlich angehobenen Ausgaben für Unterhaltungsmaßnahmen sind für diese gute Arbeit ein sehr gutes Beispiel: Mir wurde immer wieder erklärt, dass wir einen großen Nachholbedarf haben. Und dass das stimmt, haben wir heute, nicht zuletzt bei dem TOP 6, feststellen müssen. Bislang wurden alle in meiner Amtszeit vorgelegten Haushalte beschlossen und verabschiedet und es wurde in allen Gremien auch die Entlastung erteilt. Hierfür bedanke ich mich bei allen Ratsmitgliedern. Durch diese Zustimmungen haben Sie gegenüber der Verwaltung, im Bereich der Haushaltsplanung, immer ihr Vertrauen zum Ausdruck gebracht.

Zum Haushalt 2021 und zur aktuellen Situation:

Dieses Jahr bringt uns ganz besondere Herausforderungen. Die Gesellschaft und das Wirtschaftsleben sind durch die Corona-Pandemie deutlich ausgebremst. Gut ist, dass wir das bislang noch nicht so deutlich durch einen Einbruch bei den Steuereinnahmen (mal abgesehen von der Vergnügungssteuer) zu spüren bekommen haben. Das ist ein gutes Zeichen. Gerade aufgrund des vorhandenen Branchenmix's und für das erfolgreiche Wirken unserer Unternehmen, denen wir die relative Konstanz, vor allem bei der Gewerbesteuer, zu verdanken haben. Insbesondere die mittelständischen Betriebe, aber auch und vor allem der Landwirtschaft haben wir es in dieser Pandemie zu verdanken, bislang mit einem blauen Auge davongekommen zu sein. Das darf man, insbesondere in so einer hitzigen Zeit, auch in einer Haushaltsrede ruhig mal lobend erwähnen. Unsere Landwirte stehen meiner Meinung nach häufig zu Unrecht am Pranger. Und trotz alledem: Für 2021 mussten und haben wir sehr restriktiv geplant. Stemmen mussten wir bei der Haushaltsplanung ein immenses Investitionspaket, das in 2020 und 2021 mit immerhin brutto, vor Abzug der Zuweisungen/Beiträge etc., bei fast 25 Mio. € liegt. Da ist eine sehr stolze Summe. Hinzu kommen insgesamt rd. 3,3 Mio. € für Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen.

An dieser Stelle ein kleiner Einschub: Ich erinnere mich noch an die Haushaltsrede, die Frau Renken vor einigen Jahren für die CDU-FDP-Fraktion gehalten hat. Das Schlüsselwort lautete seinerzeit „Reinvestitionsquote“. Wie bei allen Kommunen (mit Ausnahme vielleicht beim Landkreis Cloppenburg) ist die Reinvestitionsquote der Stadt sicherlich, aufgrund der Finanzlage, nicht optimal, aber dennoch ganz ordentlich. In Anbetracht der Gesamtlage ist es also nicht verwunderlich, dass wir in 2021 erstmalig wieder eine Kreditaufnahme einplanen. Sie erinnern sich alle, wo wir Ende 2020 mit den ersten Plandaten für das Haushaltsjahr 2021 gestartet sind? Mit einer zunächst geplanten notwendigen Neuverschuldung von knapp über 10 Mio. €. Es hätte durchaus so kommen können, wenn nicht die Zuweisungen höher ausgefallen wären als angenommen. Ein wichtiger Baustein für die Reduzierung der Kreditaufnahme ist aber insbesondere „hausgemacht“. Die Haushaltsansätze für 2020 wurden so weit wie möglich abgearbeitet, womit sich im Ergebnis zusätzliche freie Mittel ergaben. Wir schieben somit nicht unnötig etwas vor uns her. Was mich etwas beruhigt ist zudem die Tatsache, dass die in der Haushaltssatzung ausgewiesene Kreditaufnahme nicht zwingend abgerufen werden muss, weil die Haushaltsplanung fast immer von Maximalwerten bei den Ausgaben ausgeht. Über - bzw. außerplanmäßige Ausgaben sind seit 2015, Gott sei Dank, die absolute Ausnahme. Was also den sparsamen Umgang mit den Haushaltsmitteln und damit mit den Steuergeldern angeht habe ich sehr großes Vertrauen in mein Team!

Die Stadt investiert aber nicht nur und kümmert sich nicht nur um ihre Bausubstanz - sie ist auch ein wichtiger Motor und Förderer für gesellschaftliche Prozesse. Ich bin vor gut 7 Jahren als Bürgermeister angetreten, um u.a. für mehr Transparenz zu sorgen, die Bildung und unsere Familien in den Focus zu rücken und das Ehrenamt zu stärken. Auch hier konnten sehr gute Ergebnisse erzielt werden, sei es bei den Förderungen im Kultur- und Sportbereich, bei der Förderung zur Städtepartnerschaft und auch bei sozialen Themen wie der Förderung der Dorfgemeinschaften. Ein weiteres schönes Beispiel könnte auch der Antrag der SPD-Fraktion zur Seniorenförderung werden, der am kommenden Mittwoch in der Sitzung des Jugend-Sport-Kultur- und Freizeitausschusses beraten wird. Weiter sprechen auch die Investitionen im KiTa-Bereich für sich. Auch die jetzt anstehende Regelung mit den privaten Trägern ist ein deutliches Zeichen: Wir lassen es nicht einfach so laufen, sondern wir übernehmen auch hier Finanzverantwortung für das junge und familiäre Friesoythe. Mein Fazit zum Haushalt 2021 lautet also: Dass wir eine Kreditaufnahme einplanen mussten, ist zwar nicht schön, in Anbetracht der Gesamtsituation aber sehr gut vertretbar. Die Steuersätze konnten gehalten werden und wir haben ein sehr gutes Gestaltungspotenzial für das kommende Jahr!

Dankbar bin ich an dieser Stelle dem Rat der Stadt Friesoythe: Beide Fraktionen haben in den Vorgesprächen signalisiert, dass sie den vorgelegten Haushalt mittragen können – womit ich Ihr Votum, liebe Ratsmitglieder, natürlich nicht vorwegnehmen möchte. Wir alle wissen aber, dass ein Haushalt nicht nur das abbildet, was es für das anstehende Haushaltsjahr abzuarbeiten gilt. Die Finanzplanung ist ebenso wichtig, # also, dass wir als Verwaltung alle Themen nachhaltig aufmerksam im Blick behalten müssen, wenn wir unsere Stadt weiter in eine gesicherte Zukunft führen wollen. Und da kann ich sagen, dass die Aufgaben, die sich für die Stadt Friesoythe stellen, in 2021 natürlich längst nicht alle erledigt sind. Gerne möchte ich den Weg der intensiveren Substanzerhaltung fortsetzen. Verwaltungsintern sind wir –wie bereits erwähnt- übereingekommen, ein Gesamtanierungsprogramm sowohl für die städtischen Gebäude als auch für die Verkehrsinfrastruktur zu erarbeiten, an

dem sich auch der Rat in den kommenden Jahren orientieren kann. Wir wissen, das ist noch immens viel Arbeit, die sich aber lohnen wird auch und vor allem – um unliebsamen Überraschungen, die wir leider machen mussten, vorzubeugen.

Ganz wichtig sind mir auch die Dorfentwicklungsprojekte „Friesoythe Süd“ und die „Kanaldörfer“, die aktuell im vollen Gange sind. Noch geht es nicht wirklich um Geld, aber das wird und muss auch kommen! Die Bürgerinnen und Bürger dieser Dörfer-Regionen bringen sich sehr engagiert ein, um mit sehr vielen Projektvorschlägen die Zukunft ihrer Dörfer selbst zu gestalten. Sobald die Dorfentwicklungspläne fertiggestellt sind und hoffentlich zur Förderung anerkannt werden, ist die Stadtsanierung und hoffentlich auch der Bau der Entlastungsstraße gestartet und größtenteils abgeschlossen, so dass wir uns dann intensiv eben diesen Bereichen widmen sollten und dann müssen wir natürlich auch die finanziellen Mittel in der langfristigen Finanzplanung zur Verfügung stellen.

Unter dem Stichwort der gleichwertigen Lebensverhältnisse wird diese Summe kumuliert und in den nächsten 8 Jahren sehr erheblich sein müssen. Auf jeden Fall nahezu im zweistelligen Millionenbereich – das zeigt dann auch Wirkung, in den Ortschaften und ist somit auch nachhaltig! Mein Ziel ist es zudem, dass wir weiterhin in eine Verbesserung der Infrastruktur insgesamt investieren. Der Schulneubau in Altenoythe ist ja bereits „gesetzt“, hinzu wird die Sanierung des Gebäudebestandes bei der H.v.O.-Schule, genau wie bei der Realschule, auf uns zukommen. Und auch bei den anderen Schulen muss noch Geld in die Hand genommen werden. Hier greift dann das langfristig von uns angestrebte Gebäudesanierungsprogramm.

Ein zweites Hohefeld oder ein zweites DGH Altenoythe brauchen wir nicht! Meine Verwaltung hatte ja bereits erste Gespräche bzgl. der Schaffung von Kunstrasenplätzen geführt. Wir wissen, dass dies kein Projekt der Stadt sein darf. Wir werden im Frühjahr – wenn Corona es irgendwie zulässt – die notwendigen Gespräche weiter fortsetzen. Ich bin mir sicher, dass wir in 2022 schon einen großen Schritt weiter sein werden und über einen ersten Standort, im Sinne der Vereine, beraten zu können.

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates der WiBeF GmbH wird in der März-Sitzung das Ergebnis der Ausschreibung der Kinderlandschaft im Aquaferum, präsentiert – eine Maßnahme mit einem Kostenvolumen von mehr als 200.000 €, die über die WiBeF zu finanzieren ist und endlich zu mehr Familienfreundlichkeit im Schwimmbad führen wird. Mit Hochdruck wird aktuell auch an dem beschlossenen Kurs- und Bewegungsbecken gearbeitet. Hier ist die Finanzierungsfrage, insbesondere die einer möglichen Förderung, leider noch bzw. wieder offen. Dies ist dann auch ein Thema für den Aufsichtsrat.

Schon jetzt führe ich laufend Gespräche mit ansiedlungswilligen Gewerbebetrieben, die gerne nach Friesoythe kommen möchten. Die Nachfrage ist also da, aber uns fehlen leider noch entsprechende Entwicklungsflächen. Auch hier sind wir laufend „am Ball“. Allerdings ist es gerade im Bereich des Kernortes ein sehr mühsames Geschäft. Gut ist, dass wir hier schon hoffungsvolle und konkrete Ansätze haben.

Ebenso liegt mir die Wohnbaulandentwicklung in allen Ortsteilen weiter sehr am Herzen. Der vom Rat mitgetragene und beschlossene Grundsatzbeschluss erleichtert uns die Arbeit schon jetzt. Wir haben bereits Flächen erworben und warten eigentlich nur noch auf Arrondierungs- oder Ersatzflächen. Notfalls könnten wir aber auch mit kleineren Erschließungsflächen starten.

Wenn wir wöchentlich in unserer Verwaltungsvorstandsrunde über diese Zukunftsthemen unserer Stadt sprechen, kommt insbesondere vom Kämmerer und der Ersten Stadträtin meist die Aussage: „Sven! Denk dran! Das muss alles auch bezahlt werden!“. Meine Erfahrungen aus den letzten Jahren lassen mich da aber durchaus selbstbewusst sein:

Ich weiß, dass die Stadt Friesoythe insgesamt das Potenzial hat, einiges zu stemmen! Deshalb zum Schluss meine Bitte an den Stadtrat, diesem vorgelegten Haushaltsentwurf zuzustimmen. Sorgen Sie heute mit Ihrem Votum für den Haushalt dafür, dass wir unser Programm auch planen und umsetzen können, dass die Entlastungsstraße gebaut, der Schulneubau in Altenoythe gestartet, Wohnbauland erschlossen werden kann und auch die vielen anderen Dinge umgesetzt oder auf den Weg gebracht werden können!

Nun haben die beiden Fraktionssprecher, Herr Krone und Frau Geuter, das Wort. Vielen Dank für Ihre geduldige Aufmerksamkeit.“

Stellvertretender Bürgermeister Wichmann spricht dazu wie folgt:

„Frau Vorsitzende, Herr Bürgermeister, verehrte Verwaltungsvertreter, liebe Ratsmitglieder -hier und im Home-Office, sehr geehrte Damen und Herren,

die Corona-Pandemie hat uns und damit auch den vorliegenden Haushalt längst nicht aus dem Würgegriff entlassen. Insoweit bleibt es letztlich nicht mehr als ein Plan, dessen Erfüllung wir aber anstreben sollten. Und um das vorab klar zu stellen: Wir sind der Auffassung, dass alle beschlossenen Maßnahmen sinnvoll und notwendig sind. Deswegen sollte auch keine davon etwa angedachten Einsparungen zum Opfer fallen. Dazu zählt auch der eben erörterte Punkt Ludgeri-Schule. Die Steuererträge der Stadt sind wesentlicher Bestandteil der Finanzplanung, gerade die Erträge aus den Grundsteuern sowie der Gewerbesteuer. Insbesondere die Gewerbesteuereinnahmen haben sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Ein Vergleich: Im eben von ihm angesprochenen ersten Haushaltsentwurf des Bürgermeister Stratmann für das Jahr 2015 wurden Gewerbesteuereinnahmen von ca. 6,8 Mio. € veranschlagt. Der jetzige Entwurf liegt bei 9,5 Mio. und enthält bereits einen coronabedingten Ausfallansatz. Die weiteren wesentlichen Einnahmen gehen klar auf die in den letzten Jahren hervorragende gesamtwirtschaftliche Entwicklung zurück. Die Grundlagen sind nicht hier vor Ort gelegt. Wir profitieren davon den Fremddursachen in Bund und Land. Insgesamt nimmt die Stadt Friesoythe nach Plan etwa 8 Millionen Euro mehr ein, als im Jahr 2015 geplant! Acht Millionen Euro mehr! Hier zeigen sich gerade die langfristigen Auswirkungen einer positiven Entwicklung. Die ist Folge vorausschauender Planung, insbesondere bei der Ansiedlung von Gewerbe. Gewerbesteuern werden da generiert, wo Gewerbe ist. Investitionen in diesem Bereich zeigen nicht heute direkt ihre Wirkung. Sie wirken langfristig und sind damit nachhaltig. Es macht also Sinn, ansiedlungswilligen Betrieben auch Angebote machen zu können. Dazu müssen wir entsprechend vorhalten. Das ist nach unserer Auffassung in den letzten Jahren zu kurz gekommen. Das haben wir in jedem der vergangenen Jahre gerügt und das rügen wir auch heute.

Dem Ergebnishaushalt mit einer Summe der Erträge von ca. 43 Mio. € stehen Aufwendungen in Höhe von ca. 44 Mio. € gegenüber. Den Fehlbetrag von 0,8 Mio. € decken wir durch Überschüsse aus den Vorjahren. Geld, das bisher nicht ausgegeben wurde. Den Appell der Kommunalaufsicht, die Netto-Neuverschuldung so gering *wie möglich* zu halten, haben wir alle vernommen. Die Aufwendungen für die viel gescholtene und oft diskutierte Kreisumlage haben sich absolut für die Stadt Friesoythe konstant entwickelt, wenngleich die Punktwerte gefallen sind. Man sollte dabei nicht übersehen, dass für die Bemessung der Kreisumlage auch die steigende Steuerkraft und die Schlüsselzuweisungen herangezogen werden. Keine Frage, wie auch in den Vorjahren sind auch wir weiterhin der Auffassung, dass die Kreisumlage zurückgeführt werden muss. Nur so kann ein gerechter Ausgleich zwischen dem Kreis einerseits und den Städten und Gemeinden andererseits möglich werden. Eine dauerhafte Entschuldung des Kreises auf der Basis sich weiter verfestigenden Schulden finanzschwacher Kommunen ist nicht gerecht und nicht dauerhaft hinnehmbar. Der Kreis erheblich investiert in Friesoythe erheblich. Es sind eben auch unsere Schülerinnen und Schüler, die hier von den Investitionen an BBS, AMG und Elisabeth-Schule profitieren. Und der Kreis errichtet nach dem gestrigen Beschluss nun wohl die neue Sporthalle. Für deren Bau haben wir nach den Darlegungen der Verwaltung nicht die erforderlichen finanziellen und personellen Mittel. Aber davon haben alle Friesoyther, insbesondere auch die Sportvereine, etwas. Ob da also gerade die Stadt Friesoythe berufen ist, sich an die Spitze der Kritiker und Widerspruchsführer gegen die Höhe der Kreisumlage zu stellen, mag dahinstehen. Politische Beschlüsse dazu waren von der Verwaltung nie gefordert und sind auch nicht gefasst worden.

Die Sanierung der Realschule fällt erheblich ins Gewicht. Umso mehr, als sie auch im Zusammenhang mit dem Umzug der Ludgeri-Schule steht. Und damit kommen wir wohl zum Haushaltsklopper des Jahres: Wir haben einen Arbeitskreis eingesetzt. Auf das fast flehentliche Bitten der Verwaltung

hin haben wir ein mühsam und lange ausgehandeltes Raumkonzept gebilligt. Sie alle, verehrte Ratskolleginnen und -Kollegen, wissen das sehr genau. Dann war klar: Die Ludgeri-Schule wird aus zwischen 60 und 20 Jahre alten

Gebäudeteilen in ein 50 Jahre altes Gebäude umziehen. Bereits in 2017 berichtete die Nord-West-Zeitung darüber, dass im Haushaltsplan 2018 1,5 Millionen Euro für den Umzug der Ludgeri-Schule eingestellt sind. Wir feiern also jetzt im vierten Haushalt den großen Brocken Ludgeri-Schule. Nur wurde aus dem Umzug 2018 ebenso wenig, wie in den Folgejahren. Doch man kann nicht sagen, dass nichts passiert sei! Oh nein! Die Kosten fliegen uns gerade um die Ohren! Erklärungsansätze und -versuche haben wir gerade gehört. Darüber werden wir zu beraten haben. Für mich war eine schlüssige Erklärung für derart unvorhersehbare Mehrkosten noch nicht dabei. Die Kosten also entgleiten uns. Daran ist die Politik Schuld, lässt uns der Bürgermeister in der Presse wissen! Nicht einmal die allseits bekannte „allgemeine Preissteigerung in der Baubranche“, die uns schon im Rahmen der Stadtsanierung so richtig gekniffen hat, hat auch nur eine Mitschuld! Richtig ist nach unsere Auffassung: Die Kostenexplosion ist Folge endloser Verhandlungen, von Planen und Umplanen, von Verschieben und Neuberaten, vielleicht von Ungenauigkeiten bei der Bestandsaufnahme, von Fehleinschätzungen von Förderquote -kurz: von allen möglichen Verzögerungen: aber ganz sicher nicht die Folge politischer Beschlüsse! Richtig ist weiter: Der Zustand der Gebäude, die es herzurichten gilt, war bekannt. Er war feststellbar. Und er hätte ermittelt werden müssen. Wenn man dann sagt, dass wir unsere eigene Meinung zum Gebäudebestand über die Expertise der Verwaltung stellen sollen: Ja, dann haben Sie Recht, Herr Bürgermeister! Dann hätten wir dem Umbau der Gebäude und dem neuen Standort der Ludgeri-Schule von Anfang an jeden Beschluss verweigern müssen. Aber wir haben Ihnen geglaubt. Wir haben Ihnen geglaubt, als Sie uns ursprünglich einen Kostenrahmen von 4,5 Mio. € vorlegten. Die Mehrheit der Ratsmitglieder hat Ihnen geglaubt, als Sie sagten: Umbau, Abriss und auch nur ein Teilneubau am alten Standort Koppelweg wären ungleich teurer! Bei einem Komplettneubau würden sogar bis zu 9 Mio. € anfallen. Das hielten wir für utopisch und so haben wir diese Ansätze verworfen. Die Ratsmehrheit hat Ihnen geglaubt. Und jetzt? Jetzt stehen wir mit nach aktuellem -aber wohl nicht endgültigem- Stand bei etwa 8 Mio. €. Die Mehrkosten konnte ich übrigens auf die Schnelle im Haushaltsplan nicht finden, die standen aber so in der Zeitung. Und wer ist jetzt Schuld? OK, der Stadtrat! Worin liegt unsere Schuld? Was hätten wir anders machen sollen? Wir haben nur einen einzigen Fehler gemacht: Wir haben Ihnen geglaubt! Wir haben geglaubt, dass Sie wissen, dass Sie die Entscheidungen des Rates gewissenhaft vorzubereiten haben. Wir haben geglaubt, dass sie diese Aufgabe ernst nehmen. Das Sie uns wahrheitsgemäß und rechtzeitig mit fundierten Zahlen versorgen. Damit wir dann eine sachgerechte Entscheidung treffen können. Wer aber als Ratsmitglied aktuelle Informationen erwartet, greift besser auf die Tageszeitungen zurück. Da wird dann der aktuelle Stand kolportiert und die Schuldigen werden gleich mitbenannt. Warum sollte man vorab die Ratsmitglieder auch nur informieren? Warum sollte man die vollständigen Informationen auch in den politischen Gremien beraten? Ich will es Ihnen sagen, auch wenn Sie es nicht hören wollen: Weil genau das Ihre Pflicht ist! Weil eben der Rat entscheidet und nicht die Verwaltung! Ja - dass mag manchmal stören. Aber so funktioniert Demokratie. Und wenn wir als Fraktion dann Missstände ansprechen und rügen, dann ist das „Wahlkampf“, wie weiter zu lesen war? Mag sein, dass das für manchen zum Wahlkampf gehört. Es gehört aber auch zur wohlverstandenen Aufgabe des Rates und verantwortungsvoll arbeitender Fraktionen, die Arbeit der Verwaltung zu hinterfragen und zu überwachen. Und dabei stellen wir fest: In diesem Punkt sind Sie ihrem Auftrag nicht gerecht geworden. Und wir machen uns große Sorgen, wohin uns dass in den nächsten Haushalten führen wird. Denn wir haben auch andere wichtige Schulprojekte auf dem Zettel: allen voran den Schulneubau in Altenoythe. Schon der Haushalt 2021 plant Investitionen auf hohem Niveau. Das ist auch erforderlich, um den Stau beschlossener, aber noch nicht begonnener Maßnahmen abzuarbeiten.

Dazu gehört auch das wohl älteste unerledigte Projekt, die südwestliche Entlastungsstraße. Den Ansatz von 2020 mit 0,5 Mio. € konnten wir im Nachtragshaushalt des Jahres halbieren, weil es keine nennenswerten Fortschritte gab. Zur Erinnerung: Der dritte Abschnitt der Entlastungsstraße wurde dem Rat im Februar 2009 vorgestellt. Ab April 2012 war der Planfeststellungsbeschluss unanfechtbar. Der Beschluss gilt für 5 Jahre. Er kann einmal um höchstens 5 Jahren verlängert werden. Das geschah dann 2017 weil in der Kürze der Zeit die Vorbereitungen für die Straße nicht abgeschlossen werden konnten. Der Rat hat beschlossen, die Entlastungsstraße auch ohne Förderung zu bauen. Nun ist es an der Verwaltung, den Ratsbeschluss unverzüglich umzusetzen. Denn der Planfeststellungsbeschluss läuft im April nächsten Jahres aus. Die Verwaltung versucht seit Jahren,

Förderungen zu erhalten. Das ist richtig und das ist ihre Aufgabe. Aber das ist bis heute, knapp ein Jahr vor Auslaufen der Planfeststellung, erfolglos geblieben. Wir können nicht beurteilen, wie realistisch es ist, auf Fördermittel zu hoffen. Aber wir wissen: Wenn ein Pferd tot ist, dann muss man absteigen. Lassen Sie uns diesen Zeitpunkt nicht zu lange verpassen. Wenn dann –mit näher rückendem Wahltag– doch eine Förderung kommt: Fängt die dann die eben schon angesprochenen allgemeinen Baukostensteigerungen auf? Das Projekt hat jedenfalls schon jetzt viel zu lange gedauert. Fakt ist: Die Straßenbauunternehmen dürfen sich über volle Auftragsbücher freuen. Dass Einzelmaßnahmen dadurch günstiger werden, ist jedenfalls nicht zu erwarten. Im Planfeststellungsverfahren wurden die Kosten mit 2,85 Mio. € einschließlich des Grunderwerbs angesetzt. In 2020 werden schon die Herstellungskosten mit 2,4 Mio. € ermittelt. Und wir sind bei den Grundstücksankäufen durchaus in Hochpreisphasen des Immobilienhandels gerutscht. In Summe veranschlagt der jetzige Haushalt für diese Position übrigens schon ca. 2,7 Mio. €. Davon ist 1 Mio. € in 2021 vorgesehen und für 2022 dann 1,3 Mio. €. Wir dürfen also wohl davon ausgehen, dass das Projekt im Wesentlichen sowieso erst in 2022 realisiert werden soll. In der Ratssitzung im September 2020, erklärte uns der Bürgermeister, dass für die Stadt im Falle eines Ausbleibens der Förderung bis zu 1,5 Mio. € wegfielen. Und wenn das Ergebnis der Ausschreibung am Ende unwirtschaftlich ist? Dann kann man vielleicht in anderen Fällen die Ausschreibung wegen Unwirtschaftlichkeit aufheben und neu beginnen. Aber hier stehen wir mit dem Rücken zur Wand! Wir haben keine zweite Chance mehr! Wir müssen hoffen, dass es bei der Ausschreibung und im Vergabeverfahren nicht zu Verzögerungen kommt. Und selbst dann müssen wir wohl auf einen milden Winter hoffen, damit uns in der Ausführungsphase nichts dazwischen kommt.

Am Beispiel der Entlastungsstraße sieht man: Ob Entscheidungen des Stadtrates umgesetzt werden, entscheidet alleine der Bürgermeister. Die politischen Gremien müssen nicht mehr zustimmen. Er ist quasi der „Lonesome Cowboy“. Die Sache hat einen Haken: In unserer Demokratie beschließen gewählte Gremien und die Verwaltung führt aus. Und da sehen wir derzeit das wesentliche Problem im Zusammenspiel der Kräfte: Wir als Mitglieder der beiden Fraktionen pflegen einen zu meist sehr sachlichen und fairen Umgang miteinander. Wir streiten in Sachfragen, ohne je den Respekt vor dem Gegenüber, der Kollegin, dem Kollegen zu verlieren. Wir streiten uns nicht persönlich und wir werden auch nicht persönlich. Nein, wir ringen miteinander, um das Beste für unsere Stadt zu erreichen. Und dafür, verehrte Frau Geuter, möchte ich mich ausdrücklich im Namen der CDU/FDP-Fraktion bei Ihnen und den Mitgliedern Ihrer Fraktion bedanken. Aber wir sehen an anderer Stelle ein Demokratie-Problem. Und im Fall Entlastungsstraße droht es zu einem Problem der Stadt zu werden, wenn die Arbeiten nicht rechtzeitig fertig werden. Und was da „rechtzeitig“ heißt, mag man für umstritten halten. Einfach „weglächeln“ lässt sich diese Frage nicht. Und gerade eben haben Sie angekündigt, dass sie Konzepte entwickeln wollen. Und daran solle der Rat sich dann orientieren. Alleine dieser Ansatz passt genau in das Feld „Demokratieproblem“. Wir wünschen uns dazu einen anderen Umgang, wie wir ihn auch für andere Themen, wie etwa Kita Burgwiese oder Spothalle anders, demokratischer gewünscht hätten. Wir wollen, nein, wir müssen beim Thema Münsterlandring auf Nummer sicher gehen! Dafür ist das Projekt zu bedeutsam. Unsere Stadt hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten positiv entwickelt. Darauf können wir gemeinsam stolz sein. Die CDU/FDP-Fraktion hat die wesentlichen politischen Beschlüsse dazu stets mitgetragen.

Was von einem Haushaltsplan Realität wird, blieb wohl selten so offen, wie in dem vor uns liegenden Jahr. Die Auswirkungen der Covid 19-Pandemie sind für uns alle derzeit nicht annähernd abschätzbar. Realistisch ist, dass auch wir auf kommunaler Ebene die Folgen erheblich zu spüren bekommen und unsere Finanzplanung anpassen müssen. Das haben wir bereits in den letzten Wochen erlebt, als der 1. Entwurf schon seine zweite Änderung erfahren hat. Für die Erstellung des Haushaltsplanes, die Erstellung der Aktualisierungen, für die Vorstellung und Erläuterung in den Gremien, für die geduldige Beantwortung der Fragen bisher und sicherlich auch weiterhin: Dafür gilt auch unser herzlicher Dank dem Kämmerer Karsten Vahl und dem ganzen Team. Zum Schluss möchte ich mich bei allen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unserer Stadtverwaltung, aber auch bei Ihnen, Herr Bürgermeister, für die geleistete Arbeit bedanken. Die sich nahezu täglich ändernden Coronaschutzverordnungen und -maßnahmen mit manchmal extrem kurzen Reaktionszeiten, und auch der Umgang mit dem Virus im Rathaus, das hat alle vor große Herausforderungen gestellt. Auch die Herrichtung der Impfstationen in der Sporthalle Altenoythe darf nicht unerwähnt bleiben. Dass sie diese Herausforderungen bewältigt haben, ist durchaus ein Beweis für die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Friesoyther Stadtverwaltung. Bitte leiten Sie unseren herzlichen

Dank dafür an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter. Meine Damen und Herren, an den Beispielen Ludgeri-Schule und Entlastungsstraße habe ich versucht darzulegen, dass wir mit Teilen des Haushalts Bauchschmerzen haben. Wir werden die Verwaltung auch bei der Umsetzung dieses Haushalts kritisch begleiten. Denn wir sind überzeugt: Es geht besser! Die CDU/FDP-Fraktion wird -vorbehaltlich der Beantwortung noch offener Fragen- dem Haushaltsentwurf zustimmen.

Im Anschluss spricht Fraktionsvorsitzende Geuter wie folgt:

„Wir verabschieden heute einen Haushalt mit stärkeren Unsicherheiten als in den Vorjahren. Auf der Einnahmeseite werden die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie zu einer Verringerung unserer Einnahmen führen, wobei wir deren genaue Größenordnung heute noch nicht einmal annähernd absehen können. Auf der Ausgabenseite haben sich die Herausforderungen der Pandemiebekämpfung ebenfalls mit zusätzlichen Ausgaben bemerkbar gemacht, die nur z.T. durch Förderprogramme hinterlegt sind. Darüber hinaus zeigen die Erfahrungen der letzten Wochen und Monate, dass bestimmte Aufgabenbereiche eine höhere Priorität und eine größere Beschleunigung erfahren müssen, z.B. der Abbau des Sanierungsstaus besonders bei unseren Schulen, um Anforderungen im Hinblick auf angemessene Klassenräume und die weitere Digitalisierung erfüllen können. Wir werden – wie auch schon in den letzten Wochen und Monaten -im weiteren Verlauf des Jahres mit ständigen Veränderungen unserer finanziellen Ausgangslage rechnen müssen. Bedanken möchte ich mich daher für die SPD-Fraktion vor allem bei Karsten Vahl, seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auch bei der ganzen Verwaltung. Sie haben uns nicht nur umfassend über den Haushaltsplanentwurf informiert und unsere vielen Fragen beantwortet, sondern immer wieder auch über die unterschiedlichen Veränderungen auf der Einnahme und Ausgabenseite. So ist unter den besonderen Rahmenbedingungen in diesem Jahr die Vorbereitung gelungen, wobei wir uns sicher alle für die nächste Haushaltsplanberatung das bisherige Aufstellungsverfahren mit einer umfassenden Vorbereitung in den Fachausschüssen zurückwünschen.“

In den letzten Jahren konnten wir jährlich konkrete Investitionen auf den Weg bringen und gleichzeitig den ursprünglich sehr hohen Schuldenstand (einschl. Kassenkredite 45,2 Mio. € in 2014) zurückführen auf 34,3 Mio. € Ende 2020. Dies ist das Ergebnis der sehr verantwortungsbewussten und soliden Haushaltsführung der letzten Jahre – für diese gute Arbeit und damit die Wiederherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Stadt Friesoythe sind wir sehr dankbar. Dies ermöglicht es uns, auch in diesem Jahr unter schwierigen Rahmenbedingungen wichtige investive Projekte auf den Weg zu bringen, auch wenn wir in diesem Jahr auf eine Nettoneuverschuldung nicht verzichten können. Allerdings ist ja schon deutlich geworden, dass es sich bei der Höhe der Neuverschuldung um ein „worst-case-szenario“ handelt und wir hoffen können, dass die tatsächliche Nettokreditaufnahme unter diesem Rahmen bleibt. Diese sparsame Haushaltsführung der letzten Jahre und die inzwischen vorhandene hohe Liquidität eröffnen uns finanzielle Handlungsspielräume, die wir für die Umsetzung wichtiger Zukunftsprojekte der Stadt Friesoythe in 2021 nutzen können. Es handelt sich dabei ausschließlich um Projekte, die wir in den politischen Gremien beschlossen und als besonders dringend betrachtet haben. Es wäre falsch und auch aus wirtschaftlichen Gründen (Aufträge für die regionale Wirtschaft) nicht vertretbar, gerade jetzt Investitionen in wichtige strukturelle Bereiche der Stadt Friesoythe zu stoppen. Zwar hat uns die Tatsache, dass der anteilige Ausbau in der Höhe gekürzt werden konnte (weil die Arbeiten nicht so schnell vorangehen) haushaltsmäßig geholfen, für die Verbesserung der Infrastruktur im gesamten Stadtgebiet von Friesoythe ist das leider keine so gute Nachricht. Mit dem Haushalt 2021 setzen wir wieder einen Schwerpunkt im Bereich der Bildung mit dem Neubau der Grundschule Altenoythe, der Fortsetzung der Baumaßnahme für die Ludgerischule und der Sanierung der Realschule. Es ist falsch, hier jetzt einzelne Maßnahmen kostenmäßig zu vermischen, die einzelnen Bereiche sind vielmehr getrennt zu betrachten und zu entscheiden. Wir sehen auch, dass bei dem Thema der Darstellung der Kosten der Sanierung der Realschule nicht alles so glücklich gelaufen ist und wir sollten daraus für die Zukunft lernen. Die Erkenntnisse aus dem Gutachten zum Zustand unserer Schulgebäude aus dem vorletzten Jahr, die Erfahrungen der letzten Monate und die Diskussionen heute zeigen uns deutlich, dass wir in diesem Bereich auch in den Folgejahren einen hohen Handlungsbedarf bei der Sanierung

unserer Schulen in städtischer Trägerschaft haben. Wir begrüßen daher die Überlegung, ein Gesamtsanierungskonzept für alle städtischen Gebäude (Schwerpunkt: Schulen) aufzustellen, das wir dann im Rahmen einer Prioritätenliste umsetzen. Die finanziellen Dimensionen zur Aufhebung des Sanierungsstaus bei den städtischen Gebäuden werden uns sicher haushaltsmäßig noch Jahre begleiten.

Auch im Bereich der frühkindlichen Bildung werden wir nach unserer Überzeugung nach der Fertigstellung des Hauses für Kinder an der Burgwiese in 2021 in den Folgejahren weiter investieren müssen – das gilt besonders im Bereich der Krippenplätze. Der Ansatz für den Ausbau des Münsterlandrings ist in den vergangenen Monaten oft diskutiert worden. Und auch uns dauert das schon zu lange. Dann sollten wir auch darüber reden, dass in den Jahren 2009 (nach Abschluss der Planfeststellung) bis 2014 keinerlei Aktivitäten unternommen wurden zum erforderlichen Grunderwerb für die Realisierung der Entlastungsstraße. Und wenn hier Verantwortlichkeiten angesprochen werden, so können Sie sich sicher daran erinnern, wer in dieser Zeit Verantwortung hatte. Wir müssen und wir wollen diesen Teil der Entlastungsstraße fertigstellen mit dem Ziel, die Innenstadt vor allem vom Schwerlastverkehr freizuhalten. Nur so lässt sich die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt verbessern – das ist ja bekanntlich die Intention der Stadtsanierung. Wie in den letzten Jahren enthält der Haushalt 2021 Ansätze für die Erschließung von Baugebieten in den unterschiedlichen Teilen der Stadt. Noch immer sind Baugrundstücke und Wohnraum in Friesoythe ein knappes Gut, daher ist es wichtig neue Wohngebiete zu schaffen, um den Menschen hier vor Ort eine Möglichkeit zu eröffnen, Wohneigentum zu erwerben aber auch, um den einzelnen Ortsteilen eine weitere Entwicklung zu ermöglichen. Wir hoffen, dass die Veränderungen, die sich aus dem gerade verabschiedeten Baulandmobilisierungsgesetz ergeben, uns dabei helfen werden, auch Orten wie z.B. Kampe und Neuscharrel Bauland zur Verfügung stellen zu können. Neben der Ermöglichung von Einfamilienhäusern werden wir zukünftig verstärkt auch die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Singles (insbesondere für ältere Menschen) und für Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen kein Einfamilienhaus benötigen, in den Blick nehmen müssen. Die Entscheidung, die Wohnbauplanung in der ganzen Stadt tatsächlich wieder als originäre Aufgabe zu übernehmen, hat sich als gut und richtig erwiesen – gerade bei der dynamischen Entwicklung der Grundstückspreise hier in der Region (Vermeidung von Spekulation) Selbstverständlich hat auch das Thema Bereitstellung von Gewerbeflächen weiterhin hohe Priorität. Wir sind uns ja einig, dass es unsere Aufgabe ist, den Menschen (und vor allem den jungen Menschen) hier aus der Region eine Möglichkeit zu bieten, hier wohnen und arbeiten zu können.

Nicht vergessen dürfen wir als Herausforderung der nächsten Jahre die Zuschüsse, die wir für die Baumaßnahmen beim Krankenhaus einplanen müssen. Das Krankenhaus ist ein wichtiger Standortfaktor für Friesoythe nicht nur für die gesundheitliche Versorgung in der Region sondern auch z.B. als Arbeitgeber, Auftraggeber etc. Die Stadt Friesoythe ist geprägt von einem hohen ehrenamtlichen Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger – das macht Friesoythe besonders lebenswert. Dieser Tatsache wurde damit Rechnung getragen, dass wir auch in 2021 ehrenamtliche Projekte z.B. im Bereich des Sports oder im Bereich der Kultur unterstützen. Mindestens ebenso wichtig ist aber für die Vereine die Planungssicherheit, die wir ihnen mit der Verabschiedung von Richtlinien (Sportförderung, Dorfgemeinschaftshäuser und Kultureinrichtungen) gegeben haben, das hat sich gerade in diesen Monaten gezeigt, wo den Vereinen viele andere Einnahmen fehlen. Es ist unser Bestreben, diese ehrenamtliche Struktur nicht wegbrechen zu lassen. Nach dem Ende des Lockdowns muss darüber nachgedacht werden, ob gerade in diesem Jahr eine zusätzliche Unterstützung nötig ist, um dieses besondere ehrenamtliche Engagement in Friesoythe wieder in Gang zu bringen.

Nach unserer Meinung werden wir in der nächsten Zeit über eine Weiterentwicklung der Angebote für die jungen Menschen unserer Stadt reden müssen. Befragungen und Gutachten im Zusammenhang mit der sozialen Dorferneuerung bzw. dem ISEK zeigen uns, dass wir gemeinsam im Gespräch mit den jungen Menschen überlegen müssen, was wir dort verbessern können. Wir sind auch der Überzeugung, dass es nötig ist, darüber nachzudenken, ob und wie wir den örtlichen Handel und die Gastronomie unterstützen können, wenn es nach der Wiedereröffnung dieser Bereiche darum geht, die Menschen zu ermutigen, diese Friesoyther Angebote wieder in Anspruch zu nehmen.

„Wir haben die höchste Kreisumlage bei dem niedrigsten Beitragssatz“ zitiere ich den Kämmerer. Daher geht mein Appell an die Kreistagsmitglieder unter uns, bei der Haushaltsplanberatung beim

genaue Anzahl der benötigten Defibrillatoren im Stadtgebiet. Eine Umsetzung soll schnellstmöglich erfolgen.

**TOP 11 Änderung der Geschäftsordnung zwecks Ermöglichung der Online-Beteiligung bei der Einwohnerfragestunde - Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: BV/248/2020**

Ratsfrau Geuter würde es begrüßen, wenn dem Antrag stattgegeben wird. Somit bekommen Bürgerinnen und Bürger eine zusätzliche Möglichkeit sich an öffentlichen Sitzungen zu beteiligen. Dies sei gerade in der jetzigen Zeit ein wichtiges Signal für die Bürgerinnen und Bürger. Durch die Änderung der Geschäftsordnung bekommen die Bürger die Möglichkeit, online eine Frage zur Tagesordnung der jeweiligen Sitzung zu stellen, diese wird dann in der entsprechenden Sitzung beantwortet. Auf die Online-Beteiligungsmöglichkeit soll auf der Internetseite der Stadt Friesoythe öffentlichkeitswirksam hingewiesen werden.

Ratsherr Krone ist der Auffassung, dass sicherlich keiner der Ratsmitglieder eine erneute Sitzung im Paring-Modell durchführen möchte. Die Änderung der Geschäftsordnung würde er jedoch dem nächsten Rat überlassen. Aufgrund der Corona-Auswirkungen müsse die Geschäftsordnung sicherlich dementsprechend geändert werden.

Ratsfrau Geuter merkt an, dass es sich hierbei um eine überschaubare Maßnahme handelt, die ohne großen Aufwand umgesetzt werden kann.

Bürgermeister Stratmann teilt die Auffassung, hierbei handelt es sich um eine kleine Maßnahme, um die digitale Beteiligung auf dem Weg zu bringen. Aufgrund der Corona-Situation haben viele Bürgerinnen und Bürger nicht die Möglichkeit, an den Sitzungen teilzunehmen.

Ratsherr Lamping erkundigt sich, was genau die Änderung wäre und wie die Umsetzung erfolgen soll.

Ratsfrau van der Lageweg verliest den formulierten Beschlussvorschlag im Antrag der SPD-Fraktion: „Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Friesoythe beantragt daher, die Geschäftsordnung des Rates der Stadt Friesoythe im § 17 Abs. 2 wie folgt zu ergänzen:
Anfragen für die Einwohnerfragestunde können auch online per E-Mail an rathaus@friesoythe bis um 12:00 Uhr am Sitzungstage eingereicht werden.“

Erste Stadträtin Hamjediers merkt an, dass sie die Einrichtung einer E-Mail nicht optimal empfinde. Sie favorisiere die Einrichtung einer entsprechenden Eingabemaske auf der Homepage. Dies könne von der Verwaltung sehr schnell realisiert werden.

Fachbereichsleiter Wolf erläutert, dass auf der Homepage der Stadt eine entsprechende Eingabemaske zur Verfügung steht. Folgende Eingabefelder sind vorgesehen: Name, Vorname und Wohnort. Vor dem Hintergrund, dass die Geschäftsordnung dem Fragesteller die Option gibt, seine Frage gezielt an ein Rats-/Ausschussmitglied oder an die Verwaltung zu richten, muss diese Auswahlmöglichkeit auch in einem Eingabefeld dargelegt werden. Die eingehenden Einwohnerfragen werden dann vom Bürgermeisteramt unverzüglich an die adressierten Ratsmitglieder weitergeleitet.

Ratsherr Lamping äußert, dass die Frist zur Abgabe einer Anfrage vorgelegt werden sollte. Er möchte eine Frist bis zu 12:00 Uhr am Vortage der Sitzung.

Ratsfrau van der Lageweg merkt an, dass selbst die Eingabe bis 12.00 Uhr am Tage der Sitzung immer noch früher sei, als wenn die Frage in der Sitzung gestellt werde.

Bürgermeister Stratmann bringt ein, dass die Antwort auch im Protokoll nachgereicht werden kann, wenn diese nicht direkt in der Sitzung beantwortet werden kann.

Ratsherr Krone teilt mit, dass der dem Antrag zustimmen kann, wenn die Eingaben direkt an die Ratsmitglieder weitergeleitet werden.

Ratsherr Lübbers führt auf, dass die Geschäftsordnung nicht komplett geändert werden soll, sondern nur im Punkt der Bürgerbeteiligung ergänzt werden sollte. Die technische Umsetzung läge dann in der Hand der Verwaltung.

Die Ratsmitglieder einigen sich auf die Abgabefrist bis 12.00 Uhr am Vortag der Sitzung.

Einstimmig beschließt der Rat wie folgt:

§ 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Friesoythe wird wie folgt ergänzt:

Anfragen für die Einwohnerfragestunde können auch online bis um 12.00 Uhr am Tage vor der Sitzung auf der Internetseite der Stadt Friesoythe eingereicht werden.

**TOP 12 Änderung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken für Schulen in der Trägerschaft der Stadt Friesoythe
Vorlage: BV/229/2020**

Der Rat beschließt einstimmig wie folgt:

Die Satzung über die Festlegung von Schulbezirken für Schulen in der Trägerschaft der Stadt Friesoythe wird entsprechend anliegender Form geändert.

**TOP 13 Außerschulische Nutzung der Schulhöfe und Schulaußenflächen - Erlass einer Benutzungssatzung
Vorlage: BV/014/2021**

Der Tagesordnungspunkt wurde aufgrund der geänderten Tagesordnung abgesetzt.

**TOP 14 Befreiung von Kita-Gebühren
Vorlage: BV/015/2021**

Ratsherr Stratmann äußert, dass die Eltern aufgrund der Pandemie eine besonders schwierige Zeit erleben. Daher stimmt er dem Verwaltungsvorschlag zu.

Einstimmig beschließt der Rat wie folgt:

Die Gebühren für die Inanspruchnahme eines Kindertagesstättenplatzes sowie die Pauschale für die Mittagsverpflegung werden für die kommunalen Einrichtungen im Zeitraum der Betriebsuntersagung (Szenario C, Notgruppenbetreuung) aufgrund der Corona-Pandemie (COVID-19) erlassen, soweit die Kinder keine Betreuung in Anspruch nehmen. Für Kinder, die in der Notbetreuung sind, werden Kita-Gebühren entsprechend der städtischen Satzung erhoben.

Für die freien Träger der Kindertagesstätten gilt diese Regelung entsprechend. Es erfolgt eine Übernahme der ausfallenden Kita-Gebühren im Rahmen der geltenden Verträge.

**TOP 15 Sanierungsmaßnahme "Innenstadt"; Umgestaltung der Kirchstraße
Vorlage: MV/001/2021**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

TOP 16 Breitbandausbau mittels Funkwellentechnik (Richtfunk)
Vorlage: BV/003/2021

Bürgermeister Stratmann merkt an, dass im Verwaltungsausschuss bereits intensiv über die Thematik gesprochen wurde und bittet darum dem Beschluss zu zustimmen. Er sieht in der Technik einen großen Vorteil, es könnten Synergieeffekte entstehen.

Ratsherr Fuhler teilt mit, dass er dem Vorhaben skeptisch gegenüber steht. In drei bis vier Jahren sei die Glasfaserversorgung weitestgehend ausgebaut. Die Errichtung der Masten für den Richtfunk wird auch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Er befürchtet, dass die Masten dann in einigen Jahren unbenutzt im Stadtgebiet stehen. Er möchte dem Vorhaben aber nicht im Wege stehen und enthält sich.

Ratsherr Baran äußert, dass er sich mit den technischen Daten und der Technologie beschäftigt hat. Nach seiner Auffassung klingen die technischen Daten sehr vernünftig. Er sieht das Vorhaben ebenfalls als Chance. Zudem gebe es ein geringes Risiko. Der Glasfaserausbau werde nicht jedes abgelegene Haus versorgen können. Die Richtfunktechnologie biete eine gute Alternative.

Ratsfrau Buhr merkt an, dass gerade in Zeiten von Homeoffice und Homeschooling eine gute Internetversorgung wichtig sei. Man könne die Bürgerinnen und Bürger nicht darauf verträsten, dass die Glasfaserversorgung in drei bis vier Jahren ausgebaut sei.

Ratsherr Krone berichtet, dass auf dem Stadtgebiet bereits einmal Richtfunk verwendet wurde und dies gescheitert ist. Auf der anderen Seite möchte er dem Vorhaben nicht im Wege stehen, wenn einige Haushalte dadurch schnellstmöglich mit einer guten Internetversorgung ausgestattet werden können.

Ratsherr Lamping teilt mit, dass er dem Vorhaben auch skeptisch gegenüber steht und berichtet von einem Richtfunk Mast auf dem Gelände seines Arbeitgebers im Saterland. Hier hat die Errichtung 2 ½ Jahre gedauert. Daher wird er sich der Abstimmung enthalten.

Bürgermeister Stratmann betont, dass das Vorhaben ein geringes Risiko mit sich bringt. Eine Rückbauverpflichtung der Türme kann in die Vereinbarung mit aufgenommen werden. Es ist wichtig, das Vorhaben schnellstmöglich auf den Weg zu bringen. Im letzten Jahresgespräch der EWE wurde mitgeteilt, dass der Ausbau der Glasfaserversorgung bis 2025 dauern kann.

Der Rat beschließt wie folgt:

Der Rat der Stadt Friesoythe beschließt, das Konzept zum Breitbandausbau mittels Richtfunktechnik mit der Fa. ETN Group GmbH, Meppen, umzusetzen.

TOP 17 Umgestaltung des Hansaplatzes in Friesoythe
Vorlage: BV/002/2021

Fachbereichsleiter Sandmann erläutert anhand von Kartenmaterial die geplante Maßnahme.

Ratsherr Krone merkt an, dass bereits im Fachausschuss ausführlich über die Planungen diskutiert wurde. Er ist der Auffassung, dass das eingezeichnete Toilettenhäuschen nicht dem entspricht, was in den letzten Sitzungen besprochen wurde. Es wurde über eine Toilettenanlage gesprochen, diese sollte in Richtung der Turnhalle oder des ehemaligen Polizeigebäudes aufgebaut werden. Dies sollte nun auch in den Planungen erkennbar werden.

Ratsherr Baran führt aus, dass er im Fachausschuss bereits mitgeteilt habe, dass ihm die Fußgängerführung nicht gefalle. Die Planung und Gestaltung der Inseln empfinde er für positiv hierbei sei ein Windschutz wichtig. Er ist der Auffassung, dass die Toilettenanlage im Verhältnis zum tatsächlichen Nutzen gesetzt werden sollte.

Fachbereichsleiter Sandmann bestätigt, dass die Warteinseln mit einem Windschutz versehen werden. Dies sei schon Fördervoraussetzung.

Der Rat beschließt wie folgt:

Der Umgestaltung des Hansaplatzes in Friesoythe wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme öffentlich auszuschreiben und umzusetzen.

Über die Installation einer öffentlichen Toilette wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

**TOP 18 Erstellung eines Mastes am zentralen Knotenpunkt in der Stadtmitte für Weihnachtsbeleuchtung/Maibaum u. ä.
Vorlage: BV/010/2021**

Bürgermeister Stratmann führt aus, dass der Mast ein verbindendes Element darstellen wird, da hier die Wappen aller Ortsteile angebracht werden könnten. Die Verwaltung arbeite bereits daran entsprechende Kooperationen zu schließen.

Einstimmig beschließt der Rat wie folgt:

1. Der vorgestellten Planung zur Erstellung eines Mastes am zentralen Knotenpunkt in der Stadtmitte für Weihnachtsbeleuchtung/Maibaum u. ä. wird vom Grundsatz her zugestimmt.
2. Die Planung ist im Rahmen der Verkehrskommission auf mögliche Verkehrsgefährdungen zu überprüfen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Machbarkeit – unter Einbeziehung von Bildungseinrichtungen u.ä. - und die Gegenfinanzierung über Spenden/Fördermittel zu prüfen.

**TOP 19 Fortschreibung ISEK 2030 (Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept)
Vorlage: BV/009/2021**

Der Tagesordnungspunkt wird aufgrund der geänderten Tagesordnung abgesetzt.

**TOP 20 Bebauungsplan Nr. 8b „Grüner Hof“, 3. Änderung, in Friesoythe: Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/006/2021**

Der Rat beschließt einstimmig wie folgt:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung sowie der Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen werden entsprechend den in der Anlage aufgeführten Abwägungsvorschlägen entschieden. Die Abwägungsüberlegungen macht sich der Rat zu Eigen.
2. Gemäß der §§ 2 Abs. 1 und 10 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie des § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) wird der Bebauungsplan Nr. 8b „Grüner Hof“, 3. Änderung, in der vorliegenden Form als Satzung beschlossen. Ebenfalls wird die Begründung in der vorliegenden Fassung beschlossen.

TOP 21 Bericht der Vertreter der Stadt aus den Aufsichtsgremien der städtischen Beteiligungsgesellschaften, aus Verbänden und Organisationen

Zum c-Port berichtet Bürgermeister Stratmann, dass die nächste Verbandsausschusssitzung verschoben wurde. Einige Grundstücksverträge konnten im Umlaufverfahren beschlossen werden. Die Flächen im Gewerbegebiet West sind somit ausverkauft. Zudem fand zur Ansiedlung von Revis ein erneuter Runder Tisch mit positiven Resultaten statt. Die Einleitgenehmigung sei nun vorhanden/erteilt.

TOP 22 Anfragen und Hinweise der Einwohner

Hierzu gibt es keine Anmerkungen.

TOP 23 Anträge und Anfragen aus der Mitte des Rates

Ratsherr Lamping erkundigt sich zum Fortschritt der Digitalisierung in der Verwaltung.

Fachbereichsleiter Wolf führt aus, dass die Digitalisierung auf Grundlage gesetzlicher Vorschriften umgesetzt werden soll. Seitens der Landesregierung sind hierzu noch keine Vorgaben erfolgt, dies müsse zuerst abgewartet werden. Da die Verwaltung auch Aufgaben aus dem übertragenen Wirkungskreis übernehme, sei es wichtig, dass die Kommunen sich absprechen. Zudem rechnet er aufgrund der Corona-Pandemie mit einer langjährigen Übergangszeit.

Bürgermeister Stratmann führt weiter aus, dass die IT-Abteilung bei der Ausstattung des Rathauses für Videokonferenzen bereits tolle Arbeit geleistet habe.

Der öffentliche Teil der Sitzung endet um 21.58 Uhr.